

Die CDU war Programm, ehe sie sich ein Programm gab, wie es der erste Generalsekretär der CDU, Bruno Heck, formulierte. Ihre Grundsätze waren in den verschiedenen Gründungsaufrufen 1945 so allgemein gehalten, dass sie von dauerhafter Gültigkeit für die Partei blieben: überkonfessionelle Volkspartei der Mitte und christliches Menschenbild, Antitotalitarismus gegen rechts wie links, Einigung Europas, Einheit Deutschlands in Freiheit. Das waren die Ausgangspunkte, zu denen durch praktische Politikgestaltung das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ab 1948 hinzukam, als sich die Bedingungen für eine Neuordnung der deutschen Wirtschaft erheblich veränderten. Die Programme von Nehem-Hüsten 1946 und von Ahlen 1947 galten nur für die britische Zone und verloren mit der Gründung der Bundes-CDU 1950 ihre Gültigkeit. Die Düsseldorfer Leitsätze von 1949 „zur Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft“ waren ein Wahlprogramm für die erste Bundestagswahl. Ein erstes Programm der Gesamt-CDU wurde auf dem Hamburger Parteitag 1953 nach vierjähriger Regierungserfahrung unter dem Motto „Deutschland, sozialer Rechtsstaat im geeinten Europa“ verabschiedet und war ebenfalls als Wahlprogramm für die zweite Bundestagswahl und die Gesetzesvorhaben in der zweiten Legislaturperiode angelegt. Es fasste in sechs Kapiteln die Forderungen und Planungen der CDU mit grundsätzlichen Aussagen zusammen:

1. Staatspolitische Grundforderungen, 2. Entschiedene Vertriebenenpolitik, 3. Wirtschafts- und Sozialpolitik, 4. Eigentumsbildung für alle Schichten, 5. Forderungen für die Jugend, 6. Deutschland in der Gemeinschaft der freien Völker.

Dieses Programm wurde in den folgenden Jahren zwar in verschiedenen „Manifesten“ immer wieder aktualisiert, behielt aber im Prinzip für fünfzehn Jahre bis zur Verabschiedung des „Berliner Aktionsprogramms“ von 1968 seine Gültigkeit.

Zwischen Aufbruchstimmung und Krisenbewusstsein

Die Veränderungen in Staat und Gesellschaft, die sich seit Mitte der fünfziger Jahre vollzogen, gingen an der CDU jedoch nicht vorbei. Bundeskanzler Ludwig Erhard versuchte der Gemengelage von Aufbruch-, Umbruch- und Krisenbewusstsein, das durch eine Beschleunigung des sozialen Wandels, eine Abkehr von traditionellen Leitbildern und eine Ausprägung pluraler Lebensstile genährt wurde, durch seine ordnungspolitische Vision der „Formierten Gesellschaft“ Herr zu werden. Die „Formierte Gesellschaft“ sollte den Einfluss der organisierten Interessengruppen zurückdrängen und die Bürger in die Lage versetzen, staatsbürgerliche Tugenden zu entwickeln, gewissermaßen als freie, selbstverantwortliche Individuen die Abhängigkeit aller von allen zu beachten, ähnlich der Vorstellung, die heute unter dem Begriff der „Zivilgesellschaft“ diskutiert

wird. Diesem Konzept, das ein kleiner Kreis von Wissenschaftlern, Journalisten und Intellektuellen erarbeitet hatte und erstmals auf dem Bundesparteitag 1965 präsentiert wurde, fehlte es allerdings an handfesten politischen Anleitungen, so dass die Botschaft ins Leere lief.

Berliner Programm

Diesen Fehler wollte man 1968 vermeiden. Der neue Vorsitzende und Bundeskanzler der ersten großen Koalition auf Bundesebene, Kurt Georg Kiesinger, stellte fest – wie Erhard im Prinzip auch schon: „Wir leben in einer veränderten Welt“, und initiierte zusammen mit seinem Generalsekretär Bruno Heck in einer breiten Diskussion die Neubestimmung der Partei, die sich in der politisch-geistigen Zeitenwende der sechziger Jahre neu positionieren sollte, ohne einerseits einen Kontinuitätsbruch zu riskieren und ohne andererseits als „restaurative, verschimmelte und altmodische Kraft“ zu erscheinen. Um auf dem Weg zur „modernen Volkspartei“ voranzukommen, wurde im Vorstand der Partei das „Berliner Programm“ erarbeitet. Nach intensiver Befassung aller Parteigremien und der Mitglieder wurde es nach viertägiger Beratung auf dem Berliner Parteitag verabschiedet. Mit Recht konnte Heck feststellen, dass es „im großen und ganzen die Mehrheitsmeinung der Partei eingefangen“ habe und insofern einen „Meilenstein in der Entwicklung der CDU“ darstelle.

Das Berliner Programm gliederte sich in zwei Teile, in einen außenpolitischen („Deutschland in Europa und in der Welt“) und einen innenpolitischen („Deutschlands innere Ordnung“). Während der außenpolitische Teil im Wesentlichen auf den Grundpositionen der Adenauerschen Politik aufbaute, „überraschte“ der innenpolitische Teil mit einem Abschnitt zur „Reform der Demokratie“, die allerdings „weniger als politische Lebensform denn

als Ordnungskonzept des Staates begriffen wurde“ (Hans-Otto Kleinmann).

Das Berliner Programm hatte eine dreifache Funktion: Auf der einen Seite richtete sich die Partei damit auf die kommende Bundestagswahl aus. Es diente zum Zweiten zur Profilierung gegen die Koalitionspartei SPD, die sich mit ihrem Godesberger Programm (1959) zur linken Volkspartei gewandelt hatte und im Zuspriech der Öffentlichkeit den „Genossen Trend“ gepachtet zu haben schien. Drittens diente es zur Selbstvergewisserung der Partei und ihres inneren Zusammenhaltes, die durch die allgemeinen Veränderungen in Politik und Gesellschaft verunsichert war. Sie suchte eine neue Basis, weil die Parolen aus der Aufbauzeit nicht mehr so recht verfangen – insbesondere bei den nach 1945 Geborenen. Die Partei sollte sich von der Honoratioren- und Wählerpartei zur „modernen Volkspartei“, zur Mitgliederpartei entwickeln.

Neufassung unter Kohl

Der Verlust der Regierungsverantwortung 1969 gab den Reformforderungen in der Partei einen erneuten Schub. Nach wie vor wurde bemängelt, ihr Profil sei zu stark den fünfziger Jahren verhaftet, ihre Prägung als Gesinnungspartei der Entwicklung zur modernen Volkspartei hinderlich. Um dieses Bild zu ändern, wurde eine Programmkommission zur Fortschreibung des „Aktionsprogramms“ unter dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl konstituiert. Das Ergebnis ihrer Arbeit wurde als zweite Fassung des Berliner Programms am 28. November 1970 vom Parteivorstand formuliert und auf dem Parteitag in Düsseldorf vom 25. bis 27. Januar 1971 verabschiedet.

Es gliederte sich in vier Kapitel: Deutschland in Europa und in der Welt; Bildung, Wissenschaft und Forschung; Die Soziale Marktwirtschaft – Grundlage und freiheitliche Gesellschaftsordnung;

Bürger, Gesellschaft, Staat. Die Präambel nahm explizit Bezug auf das „C“ im Parteinamen, während in der ersten Fassung der Volkspartei-Begriff besonders herausgestellt wurde. Insgesamt handelte es sich aber weniger um eine Zweitaufgabe als vielmehr um eine gründliche Neufassung, wobei die Partei aufgrund ihrer neuen Rolle in der Opposition eine Vielzahl von Forderungen aus Oppositionssicht formulierte, weil sie ja erstmals keine Rücksicht auf eine Regierungsverantwortung zu nehmen hatte.

Grundsatzkommission und Ludwigshafener Programm

Noch im gleichen Jahr wurde eine Grundsatzkommission unter dem Vorsitz von Richard von Weizsäcker eingesetzt, die auf dem Hamburger Parteitag 1973 den Auftrag zur Erarbeitung eines Grundsatzprogramms erhielt. In von Weizsäckers Begründung hieß es:

- „1. Das Grundsatzprogramm muß die wesentlichen gemeinsamen Überzeugungen der CDU beschreiben, damit das Profil der Partei erkennbar ist. Dies ist seine klarstellende Wirkung nach außen [...].
2. Das Grundsatzprogramm muß den Zusammenhalt der Partei stärken, es muß sie einigen. Dies ist seine integrierende Wirkung nach innen [...].
3. Das Grundsatzprogramm muß anwendbar sein; und zwar für die Zeit, in der es gemacht wird, und für seine voraussehbare Zukunft. Dies ist seine aufgabenorientierende Wirkung für das politische Handeln.“

Der neue Programmentwurf, der nicht nur innerhalb der Partei, sondern auch im öffentlichen Dialog mit zweihundert Wissenschaftlern und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen diskutiert worden war, wurde schließlich auf dem Bundesparteitag in Ludwigshafen vom 23. bis 25. Oktober 1978 als Ludwigshafener Programm verabschiedet. Es war geprägt von der Grundwertedebatte der

siebziger Jahre, in der es um die ethischen Grundlagen des sozialen und staatlichen Zusammenlebens ging. Es war der erste Versuch der CDU, christlich-demokratische Politik auf der Grundlage ihrer Prinzipien zu definieren und sie in Beziehung zu den wesentlichen Politikfeldern zu setzen. Auf diese Weise wurden grundsatz- und aktionsprogrammatische Aussagen aufeinander abgestimmt.

Die Gliederung des Grundsatzprogramms weicht daher von den vorangegangenen Programmen ab. Es beginnt mit der Beschreibung des Volkspartei-charakters und des „christlichen Verständnisses vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott“ (Ziffer 1) als der Grundlage für gemeinsames politisches Handeln aller CDU-Mitglieder. Nach dem Grundwertekapitel werden unter der Überschrift „Entfaltung der Person“ die Themenbereiche Familie; Erziehung, Bildung und Kultur; Arbeit und Freizeit; Wohnen und Umwelt behandelt, gefolgt von den Kapiteln „Soziale Marktwirtschaft“, „Der Staat“ und „Deutschland in der Welt“. Innenpolitisch bekannte sich die CDU zur Rechts- und Sozialstaatlichkeit der pluralen, repräsentativen Demokratie; die Soziale Marktwirtschaft wurde als umfassende, die christlich-demokratischen Grundwerte verwirklichende Wirtschafts- und Sozialordnung verstanden. In der Außen- und Deutschlandpolitik wurden als Hauptziele die Überwindung der Teilung Deutschlands, die europäische Integration, die Zusammenarbeit im atlantischen Bündnis und die Verwirklichung der Menschenrechte in der ganzen Welt definiert.

Nicht nur die Partei und ihre Mitglieder honorierten mit ihrer Zustimmung diese programmatischen Vorstellungen; auch über die Hälfte der Bürger hielten die CDU für eine sympathische Partei. Insofern stellte das Ludwigshafener Pro-

gramm einen wichtigen Faktor zur erneuten Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 1982 durch eine christlich-liberale Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl (1982 bis 1998) dar.

Nach der Zeitenwende

Die Zeitenwende von 1989/91 mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit und dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Sowjetunion stellte die deutsche Politik vor eine völlig neue Situation: Die Überwindung des Ost-West Antagonismus und eine Außenpolitik mit gewachsener Verantwortung, die fortschreitende europäische Integration, die Globalisierung der Märkte und mit ihr die internationale Arbeitsteilung, der Strukturwandel in Wirtschaft und Arbeitsleben schufen neue Probleme, auf die zu reagieren war. Dazu kam als weitere Herausforderung die Integration der neuen Länder in die Bundesrepublik und die Herstellung der inneren Einheit. Nicht zuletzt hatte sich die CDU auf den individuellen und gesellschaftlichen Wandel, auf die Individualisierung und die Pluralisierung der Lebensstile und auf neue soziale Fragen einzustellen. So beschloss der erste Bundesparteitag der CDU am 1./2. Oktober 1990 die Einrichtung einer neuen Grundsatzprogrammkommission zur Fortschreibung des Ludwigshafener Programms von 1978.

Das Ergebnis war das Programm von 1994, das die Grundsatzteile des Ludwigshafener Programms im Wesentlichen beibehielt. Es sollte ein Signal für eine Bürgergesellschaft setzen, die als Gegenmodell zur individualistisch-privatistischen Verteilungsgesellschaft beschrieben wird. Grundidee dafür war die „verantwortete Freiheit“; sie prägte die Forderungen nach einer Erweiterung der Sozialen Marktwirtschaft um eine ökologische Komponente, nach Umbau der kaum noch finanzierbaren Sozialsysteme

und nach einer Familienpolitik, die die Kindererziehung bei der Besteuerung und Altersvorsorge anerkennt.

Für Deutschlands Rolle in der Welt wurde der Einigung Europas und der engen Zusammenarbeit mit den USA eine Schlüsselfunktion zugewiesen. Die politische Umsetzung der Unionskonzepte litt nicht allein unter den Auswirkungen einer weltweiten Wirtschaftskrise, sondern auch an der Tatsache, dass das Programm in der Partei nicht in gleicher Weise wie das Ludwigshafener Programm rezipiert wurde.

Es ist aber in der Oppositionszeit nach 1998 durch zahlreiche weitere Parteitagebeschlüsse, Wahlplattformen, Regierungsprogramme, Leitsätze, Erklärungen bis hin zum Regierungsprogramm von 2005 fortgeschrieben worden. Wie auch die anderen Parteien richtete die CDU mit diesem Programm ihr Augenmerk ganz auf den Kampf für mehr Arbeit („Sozial ist, was Arbeit schafft“, „Vorfahrt für die Arbeit“). Die Frage, ob eine saldierende Mechanik von Sozialtechnologie ausreiche, die Krise des Landes zu bewältigen, wurde damit beantwortet, dass es um mehr als um die „Vorfahrt für die Arbeit“ gehen müsse; es wurde eine positive Utopie gefordert, in der das künftige Verhältnis von Staat und Gesellschaft beschrieben werden sollte.

Ob das Wahlergebnis von 2005, das für die Union enttäuschend war, Ausdruck einer Desorientierung und Sehnsucht nach Utopien war oder nicht vielmehr Aufforderung zu Pragmatismus und nüchterner Bewältigung der Probleme jenseits „ideologischer“ Parolen und des Wunsches nach Entideologisierung der Gesellschaft, bedarf einer eingehenden Analyse angesichts der entstandenen Situation, die wegen des Fehlens einer realistischen Alternative zu einer großen Koalition gezwungen hat. Tatsache ist wohl, dass die Wähler den Formeln von „Innovation und Gerechtigkeit“ oder „Freiheit und Risiko“

nicht gefolgt sind. Forciert betriebene Innovation schafft Ungerechtigkeiten, und soziale Gerechtigkeit, wenn sie um jeden Preis aufrechterhalten werden soll, behindert Innovation. Reformen werden zwar allgemein bejaht, aber wenn der eigene Besitzstand betroffen wird, findet der Zuspruch schnell seine Grenzen. Nicht zuletzt konnte deshalb die SPD mit der wärmenden Parole von der „sozialen Gerechtigkeit“ im Wahlkampf punkten und die CDU mit ihren angeblich kalten neoliberalen Vorstellungen in die Enge treiben.

Beide Parteien zeigten sich mehr vom wachsenden Druck der Wirklichkeit getrieben als von ihren traditionellen Leitvorstellungen. Ihre früheren politischen und gesellschaftlichen Konzepte, die zur jeweiligen Profilbildung beitrugen und Union und SPD für den Bürger unterscheidbar machten, haben an Bedeutung und Wirksamkeit verloren: Soziale Marktwirtschaft versus Planwirtschaft, Privateigentum versus Vergesellschaftung, europäischer versus nationaler Kurs, Wiederbewaffnung versus Pazifismus, NATO-Mitgliedschaft versus Neutralität, Nachrüstung versus Friedensbewegung, um nur einige Alternativen zu benennen. Heute gründen die Auseinandersetzungen über politische Themen kaum noch auf diesen klaren alternativen Konzepten von Staat und Gesellschaft oder unterschiedlichen ordnungspolitischen Vorstellungen, sondern vielmehr auf pragmatisch und taktisch bedingten Differenzen, die bei Licht betrachtet auch innerhalb der Volksparteien selbst bestehen.

Innerparteiliche Debatte

Parteiinterne Grundsatzdiskussionen, die der wachsenden Komplexität unserer Gesellschaft Rechnung tragen, sind weitge-

hend vermieden oder aufgeschoben worden. Sonst wäre wohl deutlich geworden, dass wichtige Streitfragen in den eigenen Reihen mindestens ebenso kontrovers behandelt werden wie jenseits der Parteigrenzen. Diesem Dilemma kann eine innerparteiliche Debatte abhelfen. Von ihr kann im Ergebnis eine integrierende Wirkung auf die Parteimitglieder ausgehen, wenn dabei ordnungspolitische Klarheit in Einklang mit politischen Sachverhalten gebracht wird. Die CDU muss die Grundsatzdebatte nicht nur für sich und um ihrer selbst willen führen, sondern – wie bei der Vorbereitung des Berliner oder des Ludwigshafener Programms – den Versuch machen, die gesellschaftlichen Gruppen und die Intellektuellen zu interessieren und einzubeziehen. Ihr Bestreben müsste sein, nach einer breit angelegten Diskussion die vorhandenen Orientierungsdefizite der Gesellschaft angesichts von Globalisierung, beschleunigter Dynamik sowie demografischen und sozialpolitischen Problemen als modernisierte Volkspartei in einem gut vermittelbaren Reformkonzept auszugleichen, das die eigenen Anhänger mobilisiert und die Zustimmung der Bürger in zukünftigen Wahlgängen erhöht.

Da auch die SPD an einem neuen Grundsatzprogramm arbeitet, ist zu hoffen, dass mit der Neuformulierung der Programmatik von CDU und SPD die Alternativen deutlich werden, über die der Wähler dann mit seiner Stimme entscheiden kann. Denn die in den vergangenen Jahren eingetretene Einebnung politischer Unterschiede könnte für beide Volksparteien gefährlich werden, weil dies – wenn sich in der großen Koalition keine Erfolge einstellen sollten – die parteipolitischen Ränder stärken könnte, zum Nachteil beider Koalitionäre wie auch unserer Demokratie.